

Liechtenstein ist politisch europäisiert

Liechtenstein-Institut

Im zweiten Vortrag der Reihe über Liechtenstein und die europäische Integration untersuchte Referent Christian Frommelt die Europäisierung der Liechtensteiner Politik.

VON JOHANNES MATTIVI

Mit seinem EWR-Beitritt hat Liechtenstein viel von seiner nationalen Souveränität in den Bereichen Rechtsordnung, Landesverwaltung und Landtag an die grössere EU/EWR-Rechtsordnung delegiert. Zugleich wurde der EWR-Beitritt unter Beibehaltung des Zollvertrags mit der Schweiz von den politischen Entscheidungsträgern auch als Emanzipationsschritt weg von der vormals starken Bindung an die Schweiz und damit gleichfalls als eigentlicher Souveränitätsgewinn empfunden. Es liegt allerdings in der Natur der Sache, dass jene Nationalstaaten, die sich zur EU zusammengeslossen haben, sowie jene drei Staaten, die im EWR mit der EU assoziiert sind (Liechtenstein, Island und Norwegen), sich ihre nationale Souveränität zugunsten der Internationalisierung und Vereinheitlichung von politischen und rechtlichen Standards beschneiden lassen, weil die Union auf europäischer Ebene gewollt ist. Daran liess der

Politologe und Doktorand am Liechtenstein-Institut, Christian Frommelt, in seinem gestrigen Vortrag keinen Zweifel.

Lobbying in Brüssel ist gefragt

Der EWR-Beitritt hatte für Liechtenstein in etwa dieselben Folgen, wie sie Politologen für die EU-Vollmitgliedsstaaten feststellen. Die Europäisierung führt zur Entparlamentarisierung, das heisst, die nationalen Parlamente und in Liechtenstein der Landtag verlieren einen Teil ihrer Macht zugunsten der Regierung. Die Bürokratisierung und Zentralisierung der transnationalen Gesetzgebung nach Brüssel führt auf der anderen Seite zu einem Machtgewinn von nicht gewählten Beamten. Dennoch kann Liechtenstein seinen politischen Einfluss auch in Brüssel geltend machen. Als EWR-Mitglied zwar nicht im EU-Rat, aber zumindest in der Lobbying-Arbeit für Liechtensteiner Interessen bei der Entstehung von europäischen Gesetzen. Ein Nachteil für Liechtenstein ist jedoch seine Kleinheit und die dadurch naturbedingten personellen Engpässe. Von den 1200 Ausschüssen im EU/EWR kann Liechtenstein nur 70 ausgewählte Ausschüsse personell besetzen. Die EWR-Mitgliedschaft zeigt aber auch im Landtag Konsequenzen. Nach den Befunden des Politologen Christian Frommelt sind bereits 42 Prozent der Regierungsvorlagen im



Der EWR-Beitritt hat Liechtensteins Politik und Gesetzgebung deutlich europäisiert, fand Politologe Christian Frommelt heraus. (Foto: Paul Trummer)

Liechtensteiner Landtag bewusst europakompatibel gestaltet. Und noch ein Befund: EU/EWR-Richtlinien werden im Landtag meist ohne grössere Debatten durchgewinkt, weil die Auffassung besteht, dass es in Liechtenstein keiner grösseren Debatte mehr bedarf, wenn ein Gesetz bereits die Zustimmung von 27

EU-Mitgliedsstaaten gefunden hat. Dafür wird über nationale Gesetzesvorlagen im Landtag oft sehr lange und heftig diskutiert. Im Publikum übrigens anwesend: Landtagspräsident Arthur Brunhart und Vizepräsidentin Renate Wohlwend, die Frommelts Befunde im Wesentlichen bestätigen konnten.